

Der CDU Kreisparteitag möge beschließen:

Die CDU Nordfriesland fordert die Landesregierung auf, mehr Geld in das System FAG zu geben und den seit 2007 bestehenden 120-Millionen-Euro-Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich wieder schrittweise zurückzuführen.

2005 wies der Landeshaushalt ein Defizit von rund 1,5 Milliarden Euro aus. Deshalb wurde 2006 als Solidarbeitrag der schleswig-holsteinischen Kommunen der 120-Millionen-Eingriff in den Kommunalen Finanzausgleich (FAG) beschlossen.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse dank einer konsequenten Konsolidierungspolitik der früheren CDU-geführten Landesregierung und dank einer guten Konjunktorentwicklung grundlegend geändert. Es macht einen Unterschied, ob der Landeshaushalt ein Defizit von 1,5 Mrd. €, ein Defizit von 280 Mio. € wie im Haushalt 2014 oder sogar Überschüsse verzeichnet. Der Haushaltsüberschuss des vergangenen Jahres in Höhe von 115 Mio. € ist auch durch den jährlichen Solidarbeitrag der Kommunen in Höhe von 120 Mio. € seit 2007 zustande gekommen. Es sind nicht alle Haushaltsprobleme des Landes gelöst und auch die CDU Nordfriesland weiß, dass kein Grund zu neuer Freigiebigkeit besteht. Die weitere Aufgabe der Haushaltskonsolidierung muss das Land aus eigener Kraft und nicht weiter auf Kosten der Kommunen schaffen. Deshalb ist es an der Zeit, den Eingriff in die kommunalen Kassen schrittweise zurück zu führen. Die Solidarität der Kommunen darf nicht überstrapaziert werden.

Begründung:

Mit dem ausgeglichenen Haushalt ist die Geschäftsgrundlage für den Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich entfallen. Die Landesregierung tut so, als hätte sich nichts geändert und kassiert in gleicher Höhe wie bisher bei den Kommunen ab. Die Landesregierung und Koalition aus SPD, Grünen und SSW haben erst im Dezember mit dem Haushaltsgesetz 2014 erneut den Eingriff in den Kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 120 Mio. € für dieses Jahr beschlossen. Dagegen hatte der Ministerpräsident im Landtagswahlkampf vor zwei Jahren angekündigt, den Eingriff schrittweise zurückzuführen. Der kommunale Finanzausgleich ist keine freiwillige Aufgabe des Landes. Es gibt klare verfassungsrechtliche Grundlagen und Urteile, die den Kommunen eine aufgabengerechte Finanzausstattung garantieren. Es ist die Aufgabe des Innenministers, für diese Finanzausstattung zu sorgen. Der Innenminister und die Landesregierung tun jedoch genau das Gegenteil. Anstatt den Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich schrittweise zurückzuführen, wird er mit dem neuen Gesetz sogar auf Dauer festgeschrieben. Dazu senkt die Regierung den Verbundsatz im Netto-Ergebnis. Dieses bedeutet, dass die FAG-Kürzung in den kommenden Jahren sogar größer wird, da sie nicht mehr mit 120 Mio. Euro als absoluter Betrag, sondern prozentual festgelegt wird. Dafür gibt es keine sachliche Begründung. Damit mangelt es dem Gesetzentwurf auch an den verfassungsrechtlichen Anforderungen.

Die CDU Nordfriesland fordert eine grundsätzliche Kurskorrektur beim Kommunalen Finanzausgleich. Anstatt die Kommunen zu spalten und gegeneinander auszuspielen muss Innenminister Breitner allen Kommunen, den kreisfreien Städten genauso wie den Gemeinden, Städten und Landkreisen, das ihnen zustehende Geld verschaffen. Wenn die Landesregierung den Konsolidierungskurs ihrer Vorgänger beibehält, anstatt mit dem Füllhorn ihr Klientel zu bedienen, ist genügend Spielraum für eine Politik zugunsten der Kommunen. Insofern ist konsequente Konsolidierungspolitik auch Grundlage dafür, den von vornherein als zeitlich befristete Solidarabgabe der Kommunen gedachten Eingriff in den Kommunalen Finanzausgleich wieder zurückzuführen.